

## Ist es Zeit für einen deutsch-französischen Motor der Linken?

*Julia Bläsius, Lutz Hager und Cornélia Schmidmayr<sup>1</sup>*

„Linke“ Werte und Vorstellungen haben in Deutschland und Frankreich Konjunktur. Gute Zeiten für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit; gute Zeiten für die politische Linke – sollte man meinen. In Deutschland und Frankreich hingegen ist das Gegenteil zu beobachten: la gauche en crise. Die SPD ist zwar noch an der Regierung, hat im Laufe der letzten 15 Jahre jedoch über 40 Prozent ihrer Mitglieder verloren und erhielt bei Umfragen im Jahr 2007 noch nicht einmal 30 Prozent der Stimmen. In Frankreich hat der PS mit der doppelten Niederlage bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2007 einen deutlichen Rückschlag erfahren. Außerdem präsentiert sich die Partei programmatisch und personell zerstritten. Gleichzeitig profitieren in beiden Ländern Parteien der extremen oder sozialistischen Linken vom Scheitern der moderaten Linken. Dies sollten nicht nur Linke beklagen. Schließlich deutet sich hier eine tiefere Krise an: Das politische Angebot bildet den Wählerwillen nicht ab; politische Gestaltungschancen werden verpasst.

Warum tun sich die SPD und der PS so schwer? Könnte es sein, dass beide Parteien mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben, so dass es sinnvoll wäre, sie „gemeinsam“ anzupacken? Anders gefragt: Ist es Zeit für einen deutsch-französischen Motor der Linken?

Die Linke als politisches Spektrum hat sich in der Geschichte traditionell für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit eingesetzt. Die Programmatik war dominiert von einem aktiven Staat einerseits und einer relativ starken Umverteilung andererseits. Solange Politik und Wirtschaft überwiegend nationalstaatlich organisiert waren, war dies eine plausible Vision, mit der es gelang, Wähler zu überzeugen. Heute hat sich die Welt verändert: Die Wirtschaft hat sich stark und die Politik teilweise internationalisiert. Wirtschaftsbewegungen machen nicht mehr Halt vor nationalen Grenzen, was die politischen Handlungsmöglichkeiten von Nationalstaaten und somit auch von national organisierten Parteien in vielen Bereichen beschränkt. Gerade die Linke, deren Forderungen in einer globalisierten Welt oft in dem Verdacht stehen, zu Wettbewerbsnachteilen zu führen, sieht sich vor einer neuen Herausforderung. Der alte Schlachtruf „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ gewinnt mit der Globalisierung seine politische Aktualität zurück.

Trotzdem haben sich die Parteien des linken Spektrums dieser Dynamik und diesen Entwicklungen noch sehr wenig angepasst. Zwar hat gerade die Linke schon sehr früh grenzüberschreitend gedacht und sich sogar bis heute als einzige international organisiert, jedoch scheint diese Priorität in den letzten Jahren eher abgenommen zu haben. Die Sozialistische Internationale, die aus der von Karl Marx gegründeten Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) hervorgegangen ist, findet heute nur wenig Aufmerksamkeit und ist selbst unter Sozialdemokraten und Sozialisten nicht unbedingt bekannt. Auch die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) ist wenig erfolgreich.

Demnach braucht die internationale Dimension der Linken eine treibende Kraft, einen neuen Motor, der sie voranbringt. Hier liegt es nahe, dass Parteien des linken Spektrums kooperieren. Der PS und die SPD haben sich in ihren Ländern ähnlichen Problemen zu stellen: Einerseits müssen sie mit dem Aufschwung einer oder mehrerer Parteien an der extremen Linken leben, die für unzufriedene Wähler immer attraktiver werden; andererseits besteht das Risiko, durch eine zu stark linksorientierte Politik Wähler zugunsten der Mitte (MoDem in Frankreich) und von Mitte-Rechts-Parteien zu verlieren. Auch müssen sich beide Parteien mit einem ähnlich schwerfälligen und teuren Wohlfahrtsstaat auseinandersetzen, den es so zu reformieren gilt, dass er finanzierbar bleibt und zugleich Teilhabe für möglichst Viele gewährleisten kann.

---

<sup>1</sup> Julia Bläsius arbeitet als Trainee bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Lutz Hager ist Unternehmensberater bei McKinsey&Co und Cornélia Schmidmayr arbeitet als Austauschreferentin für ESVP im Bundesministerium der Verteidigung.

Diese Aufgabe könnte leichter gelingen, wenn es im internationalen Rahmen Regelungen gäbe, die Sozialstandards sichern und aus einem „race to the bottom“ eine „win-win-situation“ machen.

Durch verstärkte Zusammenarbeit könnten der PS und die SPD zu dieser treibenden Kraft werden. Die Kooperation der beiden Parteien existiert bereits, sollte aber weiter vertieft werden. Es gibt zahlreiche Anknüpfungspunkte wie zum Beispiel innerhalb von Stiftungen und Think Tanks, bei deren Veranstaltungen sich die Partner aus beiden Ländern treffen; doch bleibt dies oft ohne Konsequenzen. Seit 2005 gibt es einen regelmäßig stattfindenden Parlamentariendialog, zu dem auch Teilnehmer aus anderen europäischen Ländern eingeladen werden. Eines der Probleme liegt sicher darin, dass sich in diesen Kreisen meist Politiker treffen, deren Schwerpunkt das jeweils andere Land oder die Europäische Integration ist. Selten treffen sich jedoch Fachpolitiker, die sich gezielt über ein Politikfeld austauschen, was die Entwicklung eines gemeinsamen Projektes vereinfachen würde. Ansatzweise gibt es so etwas schon für den Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hierzu kommen Franzosen und Deutsche der Linken regelmäßig im sogenannten „Cercle stratégique“ zusammen.

Was braucht diese Zusammenarbeit nun, um aufzublühen und sichtbarer zu werden? Was ist der Funke, der die Flamme entzündet? Hier müsste es darum gehen, ein gemeinsames Projekt und eine gemeinsame Vision zu entwickeln – eine deutsch-französische Vision, die jedoch langfristig zumindest auf die europäische Ebene übertragbar und damit realisierbar wäre. Diese Vision müsste so gestaltet sein, dass sie sowohl sozialistische als auch sozialdemokratische Klientel bedient, trotzdem aber eine Abgrenzung nach „links außen“ sowie zur „Mitte“ zuließe. Dazu wäre es wichtig, sich auf die Vorteile und Glaubwürdigkeitsgewinne zu konzentrieren, die durch die internationale Perspektive entstünden. So könnte der Wille gestärkt werden, Hürden bei der Zusammenarbeit, die zum Beispiel durch das Sprachproblem entstehen könnten, zu überwinden.

Die gemeinsame Erklärung des PS und der SPD zur Zukunft Europas, die im Mai 2007 verabschiedet wurde, kann als gute Grundlage für die künftige Zusammenarbeit gewertet werden. Darin werden die Bedeutung einer europäischen Sozialunion und Ziele wie die Sicherstellung eines fairen Standortwettbewerbs, die Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping, die Stärkung der Arbeitnehmerrechte und der sozialen Gesetzesfolgenabschätzung sowie die Sicherung eines hohen Niveaus der Daseinsvorsorge formuliert. Vorschläge zur Konkretisierung enthält das Papier hingegen nicht.

Eine Idee, wie die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge langfristig gesichert werden können, wäre die Einführung einer europäischen „Sozialsteuer“. Bislang erhebt die EU bis auf die Einkommensteuer der europäischen Beamten keine direkten Steuern. Die Debatte um eine europäische Steuer ist zwar nicht neu, hat bis dato jedoch zu keinem Ergebnis geführt. Hier bestünde ein Ansatzpunkt für eine gemeinsame Lobby- und Überzeugungsarbeit von PS und SPD.

Zwar würde eine solche Steuer nicht nur Zustimmung ernten, da europakritische Stimmen darin vermutlich eine weitere Steuerbelastung für die Bürger Europas sehen könnten, die die weltweite Wettbewerbsfähigkeit Europas weiter einschränken würde. Durch ihre soziale Ausrichtung nähme die Steuer jedoch denjenigen den Wind aus den Segeln, die die EU für ihre zu schwach ausgeprägte soziale Dimension kritisieren.

Diese Sozialsteuer würde helfen, soziale Dienstleistungen zu finanzieren. Der Hintergrund ist bekannt: Demografischer Wandel und medizinischer Fortschritt führen zu einem vermehrten Bedarf an Pflegeeinrichtungen, häuslicher Krankenpflege und Betreuung alter Menschen. Berufstätige, die Angehörige pflegen, bekommen in dieser Doppelbelastung kaum Unterstützung. Es gibt also einen Bedarf am Ausbau von Pflegedienstleistungen und damit einen Bedarf an neuen Stellen in diesem Bereich. Dies würde nicht nur die Situation vieler Pflegebedürftiger verbessern, sondern auch Menschen in Arbeit bringen.

Wie nun hierfür die Mittel beschaffen? Bei einer rein nationalstaatlichen Lösung käme man nicht umhin, entweder Arbeit oder Kapital in einem Land besonders zu belasten, was zu Nachteilen im internationalen Wettbewerb führen würde. Um dies zu umgehen, wäre es denkbar, den Ausbau und die Finanzierung von sozialen Dienstleistungen durch eine Vereinbarung zwischen den Staats- und Regierungschefs zu

unterstützen. Man könnte sogar einen Schritt weitergehen und eine EU-weite Sozialsteuer auf Unternehmensgewinne einführen. Jedes Unternehmen mit Sitz auf europäischem Boden würde so einen zusätzlichen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

Ob nun diese oder eine andere Initiative, ein erster Schritt wäre der verstärkte Austausch innerhalb der europäischen Linken, allen voran zwischen PS und SPD. Darin könnte die gemeinsame Erklärung von PS und SPD Aufnahme finden und zur Vision weiterentwickelt werden – eine Vision, die „linke Kräfte“ weckt. Der bewährte deutsch-französische Motor könnte so auch für die gesamteuropäische Linke zum Erfolgsrezept werden.